

Fragen

für die Fragestunde der 220. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 8. März 2017

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	23, 24	Mutlu, Özcan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8, 9
Behrens, Herbert (DIE LINKE.)	43, 44	Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7
Brantner, Franziska, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	6	Ostendorff, Friedrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	35, 36
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	14, 21	Pothmer, Brigitte (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	34
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	45, 46	Renner, Martina (DIE LINKE.)	3, 4
Hahn, André, Dr. (DIE LINKE.)	18, 38	Rößner, Tabea (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	10, 11
Haßelmann, Britta (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	15	Rüffer, Corinna (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	32, 33
Höger, Inge (DIE LINKE.)	12, 13	Sarrazin, Manuel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	25
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	19, 20	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	16, 17
Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	26, 27	Walter-Rosenheimer, Beate (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	22, 37
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1, 2	Werner, Katrin (DIE LINKE.)	30, 31
Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	28, 29	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)	39, 40
Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	47	Zimmermann, Pia (DIE LINKE.)	41, 42
Movassat, Niema (DIE LINKE.)	5		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	3
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	3
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ...	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	14

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit**

1. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Kann die Bundesregierung bestätigen, dass die gemäß deutschem kerntechnischen Regelwerk vorgesehenen Notfallmaßnahmen im Falle eines spontanen/katastrophalen Reaktordruckbehälter-Versagens nicht verfügbar wären?

2. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche konkreten Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die jeweiligen aktuellen Fortschritte der betreffenden Bundesländer bezüglich der Ausweitung der Planungszonen für den nuklearen Katastrophenschutz (bitte möglichst mit zeitlicher Angabe der nächsten Meilensteine), und wie ist zwischen Bund und Ländern der aktuelle Stand ihrer „Gespräche über die in der Empfehlung der Strahlenschutzkommission vorgesehene Vorbereitung der Jodblockade für Schwangere und Kinder“ (ggf. bitte möglichst auch mit zeitlicher Angabe der nächsten Meilensteine; vergleiche hierzu die Antworten der Bundesregierung auf meine Schriftlichen Fragen 62 auf Bundestagsdrucksache 18/7181 und 57 auf Bundestagsdrucksache 18/7842)?

**Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des
Bundeskanzleramtes**

3. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.) Wie bewertet die Bundesregierung, dass der Bundesnachrichtendienst laut Medienberichten über mehrere Jahre hinweg Journalisten und Redaktionen überwacht haben soll?

4. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.) Wie will die Bundesregierung verhindern, dass dies auch künftig ständige Praxis des Bundesnachrichtendienstes bleibt?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

5. Abgeordneter
Niema Movassat
(DIE LINKE.)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Kritik der „United Nations’ Working Group of Experts on People of African Descent“ (www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=21233&LangID=E) vom 27. Februar 2017, dass die Bundesregierung noch nicht ernsthaft die rechtmäßigen Vertreterinnen und Vertreter der Minderheiten und indigenen Opfer des Genozids konsultiert hat, um Reparationen zu diskutieren, und wie gedenkt die Bundesregierung auf die an sie gerichtete Forderung der UN-Arbeitsgruppe einzugehen, dass die OvaHerero und Nama in die laufenden Regierungsverhandlungen zwischen Deutschland und Namibia einbezogen werden müssen?
6. Abgeordnete
Dr. Franziska Brantner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem am 1. März 2017 veröffentlichten Bericht der UN-Untersuchungskommission über Kriegsverbrechen der syrischen Konfliktparteien (siehe u. a. www.tagesschau.de/ausland/syrien-un-bericht-kriegsverbrechen-101.html)?
7. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele der seit Mai 2016 nach Somalia zurückgekehrten rund 60 000 ehemaligen Bewohnerinnen und Bewohner des Flüchtlingslagers Dadaab in Kenia haben nach Kenntnis der Bundesregierung Somalia wieder verlassen, und inwiefern sieht sie für die verbleibenden rund 250 000 Menschen dort eine Möglichkeit, angesichts der Sicherheits- und Versorgungslage sicher nach Somalia zurückzukehren?
8. Abgeordneter
Özcan Mutlu
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Auf Grundlage welcher zwischenstaatlichen Verträge ist der sogenannte türkische Konsulatsunterricht an Schulen in Deutschland geregelt, und welche Steuerungs- und Kontrollmöglichkeiten auf die Unterrichtsgestaltung haben deutsche Schulbehörden?

9. Abgeordneter
Özcan Mutlu
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche zukünftigen konkreten Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um für den in Haft befindlichen Journalisten Deniz Yücel ein rechtsstaatliches Verfahren zu gewährleisten, und wann wird der deutsche Bundesminister des Auswärtigen oder der Justiz und für Verbraucherschutz in Ankara ihre jeweiligen Kollegen besuchen, um den Journalisten Deniz Yücel frei zu bekommen?
10. Abgeordnete
Tabea Rößner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie oft gab es Kontakt zwischen der Bundesregierung und der türkischen Regierung im Fall Deniz Yücel, und mit welchem Inhalt (bitte nach Datum aufschlüsseln)?
11. Abgeordnete
Tabea Rößner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was wird die Bundesregierung des Weiteren noch im Fall Deniz Yücel für seine Freilassung aus der Untersuchungshaft und ein rechtsstaatliches, den Grundsätzen der Verhältnismäßigkeit entsprechendes Verfahren tun?
12. Abgeordnete
Inge Höger
(DIE LINKE.)
- In welcher Form (bitte genaue Angaben) hat die Bundeskanzlerin im Rahmen ihres Besuches in Ägypten die ägyptische Regierung vor dem fortgesetzten Abbau von Menschenrechten durch die vom Machthaber Abdel Fattah Al-Sisi zu unterzeichnende Nichtregierungsorganisations-Gesetzgebung gewarnt, und welche Form von Sicherheitskooperation (militärisch oder polizeilich) bestehen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Ägypten?
13. Abgeordnete
Inge Höger
(DIE LINKE.)
- Welche Sicherheitskooperationen (militärisch oder polizeilich) bestehen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Tunesien?
14. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnisse (auch nachrichtendienstliche) über einen vermeintlich fehlgeschlagenen Umsturzversuch im vergangenen Oktober in Montenegro, bei dem angeblich bewaffnete Angriffe auf staatliche Institutionen und Vertreter geplant gewesen sein sollen – wobei eine unabhängige Überprüfung der Informationen nicht möglich war und viele in Montenegro die in diesem Zusammenhang vollzogene Festnahme zumindest für inszeniert halten

(<https://www.tagesschau.de/ausland/festnahmen-montenegro-101.html>) –, und welche Kenntnisse (auch nachrichtendienstliche) hat die Bundesregierung über eine von der montenegrinischen Justiz behauptete Tatbeteiligung staatlicher Organe Russlands (<https://www.tagesschau.de/ausland/montenegro-russland-101.html>)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

15. Abgeordnete
Britta Haßelmann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird das Kabinett noch in dieser Legislaturperiode Gesetzentwürfe zu den Themen „Partisponsoring“ und „Lobbyistenregister“ vorlegen (siehe „Sponsoring-Affäre – SPD will schärfere Regeln für Lobbyisten“ auf www.heute.de/spd-gesetzentwurf-sieht-schaerfere-regeln-fuer-lobbyisten-vor-46632458.html vom 24. Februar 2017)?
16. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum beantwortet die Bundesregierung den zweiten Teil meiner Schriftlichen Frage 13 auf Bundestagsdrucksache 18/11220 nicht, der lautete, warum unterblieb die im Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ) am 2. November 2016 vereinbarte Prüfung der Erkenntnisse durch das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) beim marokkanischen Nachrichtendienst vollständig, und wer hat diese Nichterfüllung der im GTAZ am 2. November 2016 (also sechs Wochen vor dem Anschlag in Berlin) übernommene Aufgabe, die vier Mitteilungen aus Marokko vom 19. September, 11. Oktober, 13. Oktober, 26. Oktober 2016 mit Erkenntnissen zu deutschlandfeindlichen Äußerungen Anis Amris zu einem Projekt, das er ausführt, und zu IS-Anhängern in Berlin, bei denen er unterkommt, zu prüfen, veranlasst bzw. zu verantworten?
17. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Angaben macht die Bundesregierung zu Inhalt und Herkunft der Erkenntnisse der Sicherheitsbehörden des Bundes Bundesnachrichtendienst, BfV, Bundeskriminalamt aus den beiden libyschen Telefonnummern, die im Februar 2016 bei Anis Amri sichergestellt wurden (Chronologie vom 17. Februar 2016), sowie zu dem Zeitpunkt deren jeweiliger Erlangung bis zum Anschlag in

Berlin am 19. Dezember 2016, und welche Informationen aus Erkenntnissen zu den libyschen Telefonnummern hat sie nicht nur an Tunesien im Februar 2016, wie ausweislich des Protokolls der Parlamentarische Staatssekretär Dr. Günter Krings in der Fragestunde vom 15. Februar 2017 in der Antwort auf meine Frage 22 behauptete, bis zum 19. Dezember 2016 an andere ausländische Behörden weitergegeben (bitte Länder, Behörde, Zeitpunkt der Weitergabe angeben)?

18. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)

An welchen internationalen Sportveranstaltungen nehmen bzw. nahmen im Zeitraum von 2016 bis 2019 analog der Absage des Deutschen Olympischen Sportbundes e. V. zu dem Europäischen Olympischen Jugendfestival im türkischen Erzurum (siehe Artikel „Hoffnung auf Besserung“ in der taz vom 7. Februar 2017) nach Kenntnis bzw. in Abstimmung mit der Bundesregierung Sportlerinnen und Sportler aus der Bundesrepublik Deutschland aufgrund von Sicherheitsbedenken bzw. aus politischen Gründen nicht teil, und für welche weiteren internationalen Sportveranstaltungen sind nach derzeitigem Kenntnisstand Absagen aus diesen Gründen geplant bzw. in Prüfung?

19. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)

Welche Details kann das Bundesministerium des Innern zu den Zielen der Projekte „CheckCard“, „Catch“, „Prinz“ und „LIMES – Fighting Cross-Border Organised Crime“ mitteilen, für die in den ersten drei Fällen das Bundeskriminalamt im Rahmen des Inneren Sicherheitsfonds (ISF Sicherheit) der Europäischen Union in der Förderperiode von 2014 bis 2020 begünstigt wurde (<http://gleft.de/1CX>) und im vierten Fall der Polizeipräsident in Berlin, und welche Details sind ihr zu den Beteiligten dieser Projekte bekannt?

20. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)

Über welche „Grundlagen, Produkte und Methoden der informationstechnischen Überwachung“ hat sich das Bundeskriminalamt im Rahmen von mehreren Arbeitstreffen sowie einem Treffen auf Amtsleitungsebene mit „Vertretern“ aus der Schweiz, Österreich und Frankreich ausgetauscht (Bundestagsdrucksache 18/11261, Antwort zu Frage 13), und inwiefern dienen die Treffen auch der Verabredung eines gemeinsamen Ansatzes bei der Beschaffung, Nutzung bzw. Standardisierung staatlicher Trojaner-Programme („Software

zur Überwachung, wie z. B. Quellen-Telekommunikationsüberwachung oder Online-Durchsuchung“)?

21. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Wie viele Asylsuchende aus der Türkei sind nach Kenntnis der Bundesregierung im Februar 2017 im EASY-System (Erstverteilung von Asylberechtigenden) bzw. in der seit Januar 2017 auf Personendaten basierenden Asylgesuchstatistik in Deutschland neu registriert worden, und wie hoch war die bereinigte Schutzquote in Bezug auf Asylsuchende aus der Türkei in diesem Monat (bitte in absoluten und relativen Zahlen angeben)?
22. Abgeordnete
**Beate
Walter-
Rosenheimer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele türkische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger haben vom 1. Dezember 2016 bis zum 28. Februar 2017 in der Bundesrepublik Deutschland einen Antrag auf Asyl gestellt, und wie viele dieser Antragstellenden waren nach Kenntnis der Bundesregierung Angehörige der türkischen Streitkräfte?
23. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In wie vielen Fällen wurde nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2016 und 2017 Staatsangehörigen aus Staaten, in denen die Apostasie (Konversion vom Islam zu einer anderen Religion) strafbar ist, trotz ihrer nach der Einreise erfolgten Taufe und der fortbestehenden Mitgliedschaft in einer christlichen Kirche die Abschiebung angedroht, und in wie vielen Fällen ist die Abschiebung erfolgt (bitte nach Herkunftstaaten aufschlüsseln)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

24. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern erwägt die Bundesregierung, das Protokoll Nummer 12 zur Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten über das Diskriminierungsverbot vom 4. November 2000 zu ratifizieren, und wie rechtfertigt sie, dass dies bislang nicht geschehen ist, vor dem Hintergrund der am 28. Februar 2017 veröffentlichten

Stellungnahme der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz, die dies bemängelt (www.coe.int/t/dghl/monitoring/ecri/Country-by-Country/Germany/DEU-IFU-V-2017-006-ENG.pdf)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

25. Abgeordneter
Manuel Sarrazin
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern beabsichtigt die Bundesregierung, auf europäischer Ebene eine Initiative zu starten mit dem Ziel, den Inhalt des Vertrages über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (kurz: Fiskalvertrag) gemäß seinem Artikel 16 in den Rechtsrahmen der Europäischen Union zu überführen, und welche Kenntnis hat die Bundesregierung über ein auf europäischer Ebene gegebenenfalls bereits geplantes Verfahren zur Überführung des Fiskalvertrages in den EU-Rechtsrahmen?
26. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern sind die von Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble in seinem Gastbeitrag in „DIE ZEIT“ angekündigten Investitionspartnerschaften mit den fünf afrikanischen Ländern – Elfenbeinküste, Marokko, Ruanda, Senegal und Tunesien – im Rahmen des von ihm initiierten „Compact with Africa“ (www.bundesregierung.de/Content/DE/Namensbeitrag/2017/03/2017-03-02-zeit-schaeuble.html) kohärent mit dem „Marshall-Plan“ von Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller, und wurden die aktuellen Pläne des Bundesfinanzministers vorab mit der Bundeskanzlerin und dem Bundesentwicklungsminister abgestimmt, ehe diese in der neunten Kalenderwoche die Elfenbeinküste und Tunesien besucht haben?
27. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Inhalte umfassen die von Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble angestrebten Investitionsvereinbarungen zwischen den einzelnen afrikanischen Ländern, internationalen Organisationen und Partnerländern, und welche Rolle nehmen Vertreterinnen und Vertreter des

Bundesentwicklungsministeriums bzw. der Bundesentwicklungsminister beim Treffen der G20-Finanzminister und Notenbankgouverneure am 17. und 18. März 2017 in Baden-Baden ein?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

28. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Seit wann lagen der Bundesregierung bzw. der Bundesnetzagentur Hinweise auf eine mögliche Insolvenz des Energieanbieters Care-Energy vor, und was hat die Bundesregierung bzw. die Bundesnetzagentur ab wann konkret unternommen, um betroffene Verbraucher rechtzeitig vor den Folgen einer Insolvenz zu schützen?
29. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- An welchen Gebäuden der Bundesministerien befinden sich derzeit öffentlich zugängliche Ladesäulen für Elektroautos (bitte nach Standorten der Bundesministerien auflisten)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

30. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um den Gewaltschutz für Frauen und Mädchen mit Behinderungen, auch unter Berücksichtigung von Migrantinnen mit Behinderungen und geflüchteten Frauen mit Behinderungen, zu verstärken bzw. auszubauen?
31. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um Frauen mit Behinderungen, auch unter Berücksichtigung von Migrantinnen mit Behinderungen, verstärkt aus dem „Werkstattsystem“ herauszuführen?

32. Abgeordnete
Corinna Rüffer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den in der TV-Sendung „TEAM WALRAFF“ am 20. Februar 2017 präsentierten Recherchen, wonach Werkstätten für behinderte Menschen ihre Beschäftigten im Berufsbildungsbereich zumindest teilweise für Arbeiten einsetzen, die dem Rehabilitationsziel zuwiderlaufen (Aussage von Prof. Dr. Stefan Sell in der Sendung), und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem in derselben Sendung berichteten Umstand, dass Werkstätten zum Teil Teilnehmende des Berufsbildungsbereichs voll in die Erledigung von Aufträgen aus der Industrie einbinden, statt ihnen Qualifizierungslehrgänge anzubieten oder sie anderweitig beruflich zu qualifizieren?
33. Abgeordnete
Corinna Rüffer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum ist es aus Sicht der Bundesregierung im Einzelfall zumutbar, dass behinderte Menschen gegen ihren Willen in einer Wohneinrichtung leben müssen, obwohl auch laut Teilhabebericht der Bundesregierung insbesondere Frauen in Einrichtungen in viel höherem Maße von Gewalt betroffen sind als die weibliche Durchschnittsbevölkerung (zu behinderten Männern liegen keine Daten vor), und welche Handlungsbedarfe wurden im Rahmen der Gespräche zwischen Bund und Ländern zur Formulierung einer Gewaltschutzstrategie bereits identifiziert (vgl. Nationaler Aktionsplan 2.0, S. 274)?
34. Abgeordnete
Brigitte Pothmer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, dass das von der Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Andrea Nahles, angekündigte arbeitsmarktpolitische Konzept für den Bundestagswahlkampf 2017 von Beamten des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) ausgearbeitet wird, so wie es die Berichterstattung in „DER SPIEGEL“ vom 25. Februar 2017 nahelegt (vgl. Artikel „Geteilte Republik“, S. 15 ff.: „Stattdessen arbeiten ihre (i. e. Nahles) Beamten an Konzepten, älteren Beschäftigten früh Qualifizierungsangebote zu machen. Es könne nicht darum gehen, nur den Bezug des Arbeitslosengeldes zu verlängern, heißt es in Ihrem Ressort“), und wenn nein, wie sonst sind Einsatz und Stellungnahme des BMAS zu interpretieren?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Ernährung und Landwirtschaft**

35. Abgeordneter
**Friedrich
Ostendorff**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung die Einschätzung der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) in einer Pressemitteilung vom 24. Januar 2017, wonach es an der Zeit sei, den Einsatz von Antibiotika bei Tieren zu verringern, zu vermeiden und völlig neu zu überdenken, und wie bewertet die Bundesregierung die Ergebnisse aus Deutschland im aktuellen jährlichen Bericht der EFSA und des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) über Antibiotikaresistenzen in Lebensmitteln sowie bei Tieren und Menschen in der EU?
36. Abgeordneter
**Friedrich
Ostendorff**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie erklärt sich die Bundesregierung die sehr hohen Nachweisraten von Beta-Lactamasen mit erweitertem Wirkspektrum (Extended-Spectrum Beta-Lactamasen – ESBL) produzierende E. coli in Kälbern in Deutschland von 57,5 Prozent gegenüber den weit geringeren Nachweisraten in den Niederlanden (13,7 Prozent) oder in Dänemark (3 Prozent) im aktuellen jährlichen Bericht der EFSA und des ECDC über Antibiotikaresistenzen in Lebensmitteln sowie bei Tieren und Menschen in der EU, und besteht für die Bundesregierung Verbesserungsbedarf hinsichtlich der Resistenzen bei Salmonella-Bakterien, die laut oben genanntem Bericht in Deutschland in Schweinen für verschiedene Antibiotika (z. B. Ampicillin 73,9 Prozent) sehr hoch sind und mit der Salmonellose die am zweithäufigsten gemeldete lebensmittelbedingte Krankheit der EU auslösen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

37. Abgeordnete
**Beate
Walter-
Rosenheimer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann wird die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag den nach § 42e des Achten Buches Sozialgesetzbuch vorgesehenen Bericht zur Situation unbegleiteter ausländischer Minderjähriger vorlegen, der bereits im vergangenen Jahr hätte vorliegen sollen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Gesundheit**

38. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- Welche Anträge zu dopingnaher Forschung hat das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte seit dem Jahr 2014 positiv beschieden (bitte das jeweilige Vorhaben, den Antragsteller und die ggf. dafür zur Verfügung gestellten Bundesmittel nennen), und inwieweit teilt die Bundesregierung diesbezügliche grundlegende Zweifel des Lübecker Physiologen Wolfgang Jelkmann (siehe „Dopingnahe Forschung in Ulm?“ im Deutschlandfunk, 26. Februar 2017)?
39. Abgeordnete
**Sabine
Zimmermann**
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie hoch ist der Realwertverlust der Leistungen der Pflegeversicherung seit 1995, und in welchem Umfang wird dieser durch die gesetzlich vorgesehenen Leistungsanpassungen ausgeglichen (bitte nach insgesamt, ambulant und stationär unterscheiden)?
40. Abgeordnete
**Sabine
Zimmermann**
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Auf welche Summe beläuft sich derzeit die Finanzreserve der sozialen Pflegeversicherung, zum einen absolut, zum anderen ausgedrückt in monatlichen Ausgaben?

41. Abgeordnete
Pia Zimmermann
(DIE LINKE.) Welche Gründe sprechen nach Meinung der Bundesregierung dagegen und welche dafür, eine gesetzliche bundeseinheitliche Personalbemessung in der Altenpflege einzuführen?
42. Abgeordnete
Pia Zimmermann
(DIE LINKE.) Welches sind nach Meinung der Bundesregierung die Ursachen für den teilweise dramatischen Personalmangel in der ambulanten und stationären Langzeitpflege, und was unternimmt die Bundesregierung, um diese Ursachen zu bekämpfen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

43. Abgeordneter
Herbert Behrens
(DIE LINKE.) An welchen Änderungen der den in der 16. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes festgelegten Bestimmungen zur Berechnung des Beurteilungspegels für Schienenwege (insbesondere Schall03) arbeitet das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) derzeit, und welche Gründe liegen jeweils für die geplanten Anpassungen dieser Bestimmungen vor?
44. Abgeordneter
Herbert Behrens
(DIE LINKE.) Welche Aufträge (Forschungsvorhaben, Gutachten etc.) hat das BMVI seit dem 1. Januar 2015 in Bezug auf die 16. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes vergeben, und wann werden voraussichtlich dem Bundestag Änderungen an dieser Verordnung zur Beschlussfassung vorgelegt?
45. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche Kriterien legt die Bundesregierung bei der Personalauswahl für ihren Vorschlag gegenüber dem Aufsichtsrat der Deutschen Bahn AG für die Bestellung des künftigen Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bahn AG zu Grunde, und plant die Bundesregierung mit einer personellen

Neubesetzung der Position des Aufsichtsratsvorsitzenden der Deutschen Bahn AG innerhalb der nächsten sechs Monate?

46. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem drohenden Ausschluss der Tochter des bundeseigenen Bahnkonzerns Deutsche Bahn AG, DB Regio, von laufenden und bevorstehenden Vergabeverfahren aufgrund anhaltender Unzuverlässigkeit des Bahnunternehmens bei der Erbringung vereinbarter Leistungen auf Bahnstrecken wie der Frankenbahn, der Rems- und Filstalbahn und der Bodenseegürtelbahn (vgl. Stuttgarter Zeitung vom 13. Januar 2017 bzw. Stuttgarter Nachrichten vom 22. Februar 2017), und inwiefern macht die Bundesregierung ihre Einflussmöglichkeiten auf das im Staatseigentum befindliche Unternehmen dahingehend geltend, dass sich die Fahrgäste wieder auf vertragsgemäße Bahnangebote verlassen können?

47. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Bis wann wird die Bundesregierung entsprechend dem Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD ein ressortabgestimmtes nationales Luftverkehrskonzept vorlegen?

